

Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Rat	07.11.2019

Reisen der Oberbürgermeisterin und der Dezernate

Die AfD-Fraktion hat eine Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates zum Thema „Reisen der Oberbürgermeisterin und der Dezernate“ gestellt:

Fragen 1-3:

1. Wie viele Mitglieder des Amtes der Oberbürgermeisterin und der restlichen Dezernate sind im Zeitraum 2014 – 2019 in ihrer Funktion als Repräsentant, Mitglied der Verwaltung oder sonstigen Mitglied des Amtes der OB/ der übrigen Dezernate auf Reisen innerhalb Deutschlands gewesen? Bitte schlüsseln Sie nach dem Grund, der Kosten und der entsprechenden Delegation auf.
2. Wie viele Reisen sind, im Zeitraum 2014 - 2019 ins europäische Ausland gegangen? Bitte auch hier nach Grund, Kosten und der Zusammensetzung der Delegation aufschlüsseln
3. Wie viele Reisen sind im Zeitraum 2014 - 2019 ins außereuropäische Ausland gegangen? Bitte auch hier nach Grund, Kosten und der Zusammensetzung der Delegation aufschlüsseln.

Antwort der Verwaltung zu 1-3:

Dienstreisen werden nicht zentral gebucht und erfasst. Täglich befindet sich eine Vielzahl von Mitgliedern der Verwaltung zu unterschiedlichen dienstlichen Anlässen auf Dienstreise. Eine Aufbereitung der Daten ist nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand zu leisten.

Fragen 4 und 5:

4. Wie viele CO² Zertifikate sind für die Reisen erworben worden und wenn ja, bei welchem Anbieter?
5. Wie hoch sind die Kosten dieser CO² Zertifikate und in welcher Kostenstelle sind diese im Haushalt zu finden?

Antwort der Verwaltung zu 4 und 5:

Der Rat hat am 14.02.2019 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass zukünftig bei allen Flügen, die Ratsmitglieder und Angehörige der Verwaltung für die Stadt Köln unternehmen müssen, ein Beitrag an atmosphair oder eine andere Initiative gezahlt wird. Damit werden Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern finanziert. Die Höhe des jeweiligen Betrages pro Flugreise richtet sich nach den jeweiligen Berechnungskriterien der Initiativen und ermöglicht die Einsparung der durch den Flug verursachten CO₂-Emissionen an anderer Stelle. Die Verwaltung wird auf-

gefordert, umgehend die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen hierfür zu schaffen.“

Die Verwaltung verweist bezüglich der Beantwortung der Fragen auf die Mitteilung an den Rat vom 09.07.2019 (Vorlagennummer 2353/2019).

gez. Reker